

Protestnote

„Die Demokratie von morgen wird in der Schule vorbereitet. Ein autoritäres Regime in der Schule kann keine demokratischen Bürger*innen heranbilden.“

(Celestin Freinet, Pädagogische Invariante 27).

Das war das Motto der Fachtagung Freinet-Pädagogik 2026, die ca. 70 Pädagog*innen aus ganz Österreich von 27.3. bis 31.3. in Horn im Waldviertel besuchten.

Wir als Freinet-Pädagoginnen nehmen diesen Grundsatz ernst und haben uns in den vergangenen arbeitsreichen Tagen auch mit folgenden Themen beschäftigt:

- Seit vielen Jahren fordern wir die **gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendlichen** zumindest von 6 bis 15 Jahren.

Uns scheint der Vorschlag des Bundesministers der 6-jährigen Volksschule eher ein ökonomisch orientierter Vorschlag zu sein, der billigere Lehrkräfte (die Volksschullehrerinnen?) verspricht, aber das Problem der frühen Segregation nur marginal verschieben würde. Sechs Jahre Volksschule wären rein räumlich mittelfristig nur schwer durchführbar.

Wir meinen aber, der Lernraum 15 und die Lernwerkstatt Brigittenau in Wien (**3+3+3 Jahre**) wären Orientierungen für ein besseres Modell, wofür es aber auch räumliche und personelle Ressourcen braucht.

- Wir fordern davon unabhängig den **Ausbau der ganztägigen Volksschulen** und benötigen dazu Mindeststandards in räumlicher und materieller Hinsicht, sowie fachlich **gut ausgebildete Freizeitpädagoginnen** für eine sinnvolle Freizeitgestaltung der Kinder.

- Wir stehen für eine **Schulreform von unten**, aus der Praxis, statt Ankündigungen und Schlagzeilen, mit denen Politik gemacht wird. Es kommen ständig neue Vorschläge, die uns über die Medien erreichen, deren Inhalt aber nicht ausgeführt wird.

- Die österreichische Bundesregierung hat schon im Jahr 2008 die **Behindertenrechtskonvention** unterschrieben. Von deren tatsächlicher **Umsetzung** sind wir weit entfernt, wie auch die Staatenprüfung der UNO im Jahr 2023 festgestellt hat. Auch **wirkliche Inklusion** in unseren Klassen ist oft schwierig, es gibt keine Ressourcen, um allen Kindern gerecht zu werden. So können sie in Klassen, in denen sie „inklusive teilnehmen“, oft nur „dabei sein“, ohne die ihnen entsprechende Förderung zu erhalten.

- Dem Regierungsprogramm haben wir entnommen, dass die Deckelung der **SPF** erhöht werden soll. Wir fordern eine **Anpassung an den wirklichen Bedarf**, damit mehr Ressourcen frei und **kleinere Klassen** möglich werden.

- Wir fordern das **Recht auf ein gesetzlich verankertes 11. und 12. Schuljahr** für alle Jugendlichen, um ihre Handlungsmöglichkeiten zur Teilhabe in der Gesellschaft zu erweitern.

- Die Neuerungen bei der **Änderung der Lehrpläne** bezüglich der „**ausgleichenden Maßnahmen**“ bedeuten Mehrarbeit und zusätzliche Belastung für die Lehrpersonen in den

Klassen. Die Tragweite der ausgleichenden Maßnahmen wurde nicht ausreichend kommuniziert und ist logistisch aufgrund der fehlenden personellen und räumlichen Ressourcen oft nicht adäquat durchführbar.

- Im Sinne der „Ecole moderne“ fordern wir die Trennung von Kirche und Staat, also eine **laizistische Schule**, wo Demokratie, Kommunikation, Partizipation und ethische Werte lebendige Unterrichtsprinzipien sind.

Das eingeführte Kopftuchverbot bedient antimuslimischen Rassismus, es richtet sich nur gegen eine Gruppe und dient nicht der Emanzipation von Mädchen und jungen Frauen. Wir wenden uns dagegen, dass es von uns Pädagog:innen exekutiert werden soll.

- In diesem Kontext ist es auch notwendig, die sprachliche Förderung von Kindern durch **Erstsprachenlehrer:innen** in den jeweiligen Erstsprachen der Kinder und Jugendlichen wieder zu gewährleisten und diese Lehrpersonen mit regulären Dienstverträgen anzustellen.

- Wie jedes Jahr richten wir uns als Freinetpädagog:innen **gegen die Vielzahl an Testungen**, die wir mit unseren Kindern durchführen müssen. Wir meinen, dass diese Testformate nicht geeignet sind, den Kindern bestmögliche Förderung zukommen zu lassen, sondern dass sie Konkurrenz statt Kooperation fördern.

- Wir fordern eine **Beendigung des Kompetenzchaos** zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und Transparenz in der Kompetenzverteilung.

- Wir beobachten, dass Studierende, die schon im ersten oder zweiten Studienjahr angestellt werden, oft überfordert und alleingelassen sind und auch oft schlechte Verträge haben. Die jahrzehntelangen **Defizite in der Bildungspolitik** sollten **nicht auf Kosten der angehenden Junglehrer:innen** gehen.

Wir ersuchen um Kenntnisnahme
und verbleiben in Erwartung Ihrer Antwort



Barbara Knabl, Obfrau Kooperative Freinet Österreich
für die Fachtagung Freinet-Pädagogik 2026